

Edith Fröse – stellv. Landessprecherin DIE LINKE.NRW zum Thema:

Regierungsbeteiligung , Tolerierung oder knallharte Opposition?

Die LINKE hat sich nicht um ihrer selbst willen gegründet. Die LINKE ist die einzige Partei, die die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung in zentralen Fragen glaubwürdig vertritt. In der Bundespolitik gilt dies insbesondere für den Abzug der Truppen aus Afghanistan, für die Forderungen nach einem gesetzlichen Mindestlohn und einer auskömmlichen Rente, sowie für die Abschaffung von Hartz IV. Durch diese konsequente Opposition widmen sich die konkurrierenden, ja sogar die gegnerischen Parteien den Forderungen der LINKEN zu. Wer wollte ernsthaft bestreiten, dass LINKS wirkt? Unsere politischen Gegner scheuen auch nicht davor zurück, in geradezu schamloser Weise die Forderungen der LINKEN abzuschreiben. Das zu beklagen ist grundfalsch. Im Gegenteil - wir müssen gemeinsam mit den außerparlamentarischen Kräften den Druck erhöhen, damit die verbale Zustimmung der Hartz IV-Parteien z.B. beim Mindestlohn als das entlarvt wird was sie ist: Unverbindliches Geschwätz. Nur wenn der Druck ins Unermessliche gesteigert werden kann, werden die neoliberalen Parteien gezwungen, ihre Politik in unserem Sinne und im Interesse der Bevölkerungsmehrheit zu ändern.

Doch davon sind wir weit entfernt. Die „S“PD strebt mit einer Kanzlerkandidatur von Steinmeier im Verbund mit Steinbrück eine Koalition mit der FDP und/oder mit den Grünen an, wenn nicht am Ende die Koalition mit der CDU fortgesetzt wird. Wer glaubt, mit einer solchen Orientierung den gesetzlichen Mindestlohn durchsetzen zu können, glaubt auch an den Weihnachtsmann. Mit der derzeitigen Politik und den handelnden Personen ist die „S“PD für die LINKE in keinsten Weise regierungsfähig. Deshalb und nur deshalb gilt: Knallharte Opposition ist angesagt, damit LINKS weiterhin wirkt!

In NRW: „S“PD zwischen Baum und Borke

Von der absoluten Mehrheit ist die „S“PD weiter entfernt denn je. Dies ist das Ergebnis insbesondere der Entsozialdemokratisierung von Schroeder und Müntefering, Clement und Steinbrück. Dies wäre unmöglich gewesen, wenn nicht die NRW-SPD diese Politik vorbehaltlos unterstützt hätte. Die „C“DU mit Ministerpräsident Rüttgers besetzt linke Themen. Das Wort vom Arbeiterführer macht die Runde. Verbal hat Rüttgers die Agenda 2010 schärfer kritisiert als dies führende Sozialdemokraten in NRW je getan haben. Doch die konkrete Politik der NRW CDU macht das genaue Gegenteil. Ob Studiengebühren, die Abschaffung der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst oder die katastrophale Schulpolitik: diese Politik muss im Interesse der Mehrheit der Menschen in NRW grundsätzlich verändert werden. Die NRW- SPD hat sich erklärt: „Unser Ziel ist es, DIE LINKE. unter 5% zu halten“. Es bleibt das Geheimnis der SPD, wie sie mit der FDP, den

Grünen oder gar mit der CDU eine andere Politik durchsetzen will. Es ist davon auszugehen, dass sie dies letztlich auch nicht will.

Nur mit der LINKEN ist ein Politikwechsel in NRW möglich

Wenn wir es ernst meinen mit unseren Forderungen und einen Politikwechsel, müssen wir sagen, mit wem wir dies erreichen wollen. Außerparlamentarischer Druck in den Betrieben, in Schulen und auf der Straße und konkrete parlamentarische Arbeit sind gleichrangig bedeutsam, um unsere Forderungen umzusetzen. In diesem Sinne hat Wolfgang Zimmermann sehr konkret unsere Forderungen nach der Abschaffung der Studiengebühren und einer grundlegend anderen Schulpolitik in den Mittelpunkt gerückt. An die SPD hat er zwei wesentliche Botschaften gesendet:

- Wenn es der SPD um einen wirklichen Politikwechsel geht, sind wir bereit einen solchen Politikwechsel zu unterstützen.
- Der LINKEN geht es immer und zuallererst um die Inhalte. Stimmen die Inhalte, kommt auch eine Tolerierung durch die LINKE in Frage.

Dies gilt natürlich erst Recht für eine Regierungsbeteiligung.

Als Landessprecher hat Wolfgang Zimmermann geschickt den Ball der SPD zugespielt. Es spricht im Moment mehr dafür, dass die SPD den Ball und letztlich sich selbst ins Abseits schießt, als sich um eine ernsthafte Auseinandersetzung um einen wirklichen Politikwechsel zu bemühen. Dies in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung zu rücken, ist die Aufgabe all derer, denen es um die Durchsetzung unser landespolitischen Positionen geht.

Mitglieder müssen entscheiden

Die Reaktionen innerhalb unserer Partei zu den Aussagen von Wolfgang Zimmermann zeigen, dass einige schon meinen, wir seien schon im Landtag und wir stünden schon vor Koalitionsverhandlungen. Überheblichkeit und Selbstüberschätzung sollten wir vermeiden, Hochmut kommt vor dem Fall. Der flächendeckende Antritt der Partei DIE LINKE zu den Kommunalwahlen 2009 ist eine der Voraussetzungen für den Einzug in den Landtag in NRW. Davon sind wir noch weit entfernt. Ohne die Stärkung der Kreisverbände auch außerhalb der Großstädte und ohne verstärkte außerparlamentarische Aktionen werden wir den Druck in NRW nicht aufbauen können, der nötig ist, um Rüttgers in Rente zu schicken.

Gelingt es uns, in den Landtag einzuziehen, und das ist längst noch nicht sicher, werden wir uns auf Dauer nicht nur auf die richtigen Forderungen beschränken können. Die Menschen wollen auch, dass wir Veränderungen durchsetzen. Ob die LINKE in NRW diese Chance bekommt, entscheiden die WählerInnen. Ob es eine tatsächliche Chance ist oder aber eine Falle, die uns unsere Glaubwürdigkeit kostet, sollten unsere Mitglieder in einer Urabstimmung entscheiden. Die Frage lautet dann: Wo wirkt LINKS mehr? Durch Tolerierung, Regierungsbeteiligung oder knallharte Opposition. Deshalb ist der Landesvorstand gut beraten, keine Vorfestlegung zu Fragestellungen, die heute noch nicht anstehen, sondern eher von den Medien gestellt werden, zu treffen.

Duisburg, 11. Juli 2008